

**Ansprache des Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Thomas Jurk, anlässlich der Gedenkveranstaltung „Volksaufstand für die Freiheit“ des Sächsischen Landtages am 17. Juni 2003**

Herr Landtagspräsident, Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Abgeordnete, sehr verehrter Herr Loest, sehr geehrte weitere Zeitzeugen, meine Damen und Herren,

am 17. Juni 1953 fuhren vor den Toren der Keulahütte, einer Eisengießerei in meiner Nachbargemeinde Krauschwitz (Oberlausitz), sowjetische Panzer auf, um gegen demonstrierende Arbeiter den Ausnahmezustand durchzusetzen. Sie werden sich fragen, woher ein Mann Jahrgang 1962 so etwas wissen kann. Die Antwort ist ganz einfach - von seinem Vater!

Im Gegensatz zu meinen Vorrednern habe ich den 17. Juni nicht selbst erlebt - ein Schicksal, das ich mit einer immer größeren Zahl an Mitbürgern teile. Umso wichtiger ist die Bewahrung der Geschichte des 17. Juni 1953, auch der Tage davor - und der Tage danach. Bewahrung setzt aber unverfälschte Geschichtsschreibung voraus. Das macht deutlich, wie bedeutsam die Schilderungen von Zeitzeugen sind. Daher freue ich mich, dass Herr Dr. Erich Loest anschließend zu uns sprechen wird. Über den 17. Juni wurde in meiner Familie vor 1990 nicht nur dann gesprochen, wenn der Tag der Deutschen Einheit sich jährte und Westfernsehen und -radio darüber berichteten. Nein, meine Eltern meinten manches Mal, „wenn das am 17. Juni geklappt hätte!“

Ja, welche Perspektiven hätte unser Land dann schon damals gehabt. Gerade weil die Menschen ein besseres Leben, Freiheit und Demokratie wollten, sind sie auf die Straße gegangen, befreiten politische Häftlinge und entmachteten Funktionäre der verhassten Staatsmacht. Wenn ich eingangs von den sowjetischen Panzern sprach, so waren es doch letztendlich eben diese, die den Volksaufstand zunichte machten. Die Führung der Sowjetunion hatte auch nach dem Tode Stalins nicht die Absicht, die Einwohner der DDR in die Freiheit oder gar die Einheit zu entlassen. Und wäre der einzige Grund das Uran im Erzgebirge gewesen, dass in der SAG Wismut für die atomare Bewaffnung der Sowjetunion abgebaut wurde. Dass der „große Bruder“ mit eiserner Faust 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei alle Demokratiebewegungen noch blutiger niederwalzte, macht deutlich, wie wichtig für die friedliche Revolution des Herbstes 1989 die politischen Veränderungen unter Michael Gorbatschow in der ehemaligen Sowjetunion waren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

der 17. Juni 1953 war in der Geschichtsschreibung der DDR als faschistischer Putsch, gesteuert aus dem Westen, diffamiert worden. Die DDR-Führungskaste hätte auch unter keinen Umständen zugeben wollen, dass es ausgerechnet die Arbeiterklasse war, die sich gegen den sogenannten Arbeiter- und Bauernstaat erhoben hatte. So sollten auch jene Menschen verunglimpft werden, die Demonstrationen anführten oder auf Kundgebungen das Wort ergriffen. Diese Menschen bezahlten einen hohen Preis. Wem nicht rechtzeitig die Flucht in den Westen gelang, der wurde zu drakonischen Strafen verurteilt oder büßte gar mit dem Leben. Jene Schicksale, jene Ereignisse, jene

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Konsequenzen müssen weiter aufgearbeitet werden. Noch vor 10 Jahren - also 1993 zum 40. Jahrestag des 17. Juni - waren die Erinnerungen an die DDR, bei jedem von uns, noch sehr frisch und schmerzhaft. Befindlichkeit und Betroffenheit standen noch im Vordergrund.

Abrechnungsbedürfnisse auf der einen und Abwehrmechanismen auf der an deren Seite bestimmten das Bild. Wir hatten einfach noch zu wenig Abstand. Und es gab die starke Tendenz - vor der wir uns auch diesmal hüten müssen - dass die Zeitzeugen aus dem Osten, manch interpretierende Historiker dagegen aus dem Westen kamen.

Heute im Jahre 2003 können wir innerlich freier den Jahrestag begehen. Gleichsam wie bei der Besteigung einer Anhöhe. Von dieser Anhöhe aus können wir die ganze Geschichte SBZ und DDR neu ins Blickfeld nehmen - zurück bis 1945 und vorwärts bis 1989/90. Diese Geschichte ist die Geschichte eines permanenten Wechselspiels von Hoffnungen und Enttäuschungen. Das gilt insbesondere für das Jahr 1953 selbst. Denn mit dem Tod Stalins am 23. März 1953 verbanden sich Hoffnungen, Hoffnungen auf ein Nachlassen des innenpolitischen Terrors und mehr Flexibilität in der Wirtschaftspolitik. In den Jahren unmittelbar davor war die DDR mit besonderer Härte gegen Andersdenkende, insbesondere auch gegen die Kirchen vorgegangen. Wirtschaftspolitisch führte der Beschluss der 2. Parteikonferenz der SED von 1952 zum Aufbau des Sozialismus zu einer trickreichen Enteignung. Mit fingierten Steuerbescheiden wurden Mittelständler zur Aufgabe ihrer Betriebe gezwungen. So brach insbesondere die Alltagsversorgung zusammen. Von den Arbeitern und kleinen Angestellten wurde Konsumverzicht verlangt, ihre Löhne waren den horrenden HO-Preisen nicht gewachsen. Am 1. Mai waren die preisgünstigen Sonderzuteilungen an die „schaffende Intelligenz“ aufgehoben worden, dann wurde Bürgern mit Gewerbe oder Arbeitsplatz in Berlin sowie allen Selbstständigen, Freiberuflern und Hausbesitzern samt Angehörigen die Lebensmittelkarten entzogen. Die Juni-Bewegung ging jedoch von den Arbeitern aus, die nicht nur die Erhöhung der Arbeitsnormen traf, sondern auch die Streichung der Ermäßigungen für die Arbeiterfahrkarten. Hinzu kamen weitere Preis- und Steuererhöhungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die SPD hat der 17. Juni immer mit besonderem Stolz erfüllt. Denn er war für uns zuallererst ein „Arbeiteraufstand“. Und so ist es kein Wunder, dass die Westdeutschen den Feiertag am 17. Juni einem Sozialdemokraten zu verdanken hatten - Herbert Wehner - dem damaligen Fraktionsvorsitzenden der SPD im Deutschen Bundestag. Er war es, der bereits am 3. Juli 1953 die Vorlage im Bundestag zur Abstimmung stellte, die den 17. Juni zum Feiertag erhob.

Vorausgegangen waren, daran sollte man hier auch erinnern, große Kundgebungen in vielen Teilen Westdeutschlands. Bereits am 17. Juni selbst veranstaltete die West-Berliner SPD eine Solidaritätskundgebung mit über 10.000 Teilnehmern. In der damaligen Sitzung des Bundestages berief sich Wehner auf den Ruf der Streikenden „Wir sind Arbeiter und keine Sklaven“. Und in der Tat ging es den Arbeitern nicht nur um Lohn und Brot. Der Protest gegen die Normenerhöhungen und für bessere Lebensbedingungen war nur der Ausgangspunkt für die weitergehenden Forderungen nach Rücktritt der Regierung, freien Wahlen und der Einheit Deutschlands. Auf eines ihrer Transparente schrieben die Arbeiter der Stalinallee bereits am 16. Juni die Parole „Wir wollen freie Menschen sein“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

was bleibt, nachdem die Gedenkreden verhallt sind? Ich denke, was weiter nachklingen wird, ist

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

die Bewunderung für die Menschen dieser Zeit. Sie haben damals den Beweis erbracht, dass Zivilcourage auch in Zeiten größter Entbehungen und Gefahren möglich ist. Und es mischt sich auch ein wenig Stolz in diese Erinnerung. Denn heute wissen wir auch, wie viel breiter und umfassender der Aufstand und das Aufbegehren waren als allgemein vermutet. Es waren eben nicht nur die großen Zentren wie Berlin, Leipzig oder Dresden, in denen die Menschen ihrer Unzufriedenheit Ausdruck gaben, es gab eben auch Niesky, Krauschwitz - und Görlitz. In Görlitz etwa hatten die Aufständischen die Macht übernommen. Sie bildeten für eine provisorische Verwaltung ein Stadtkomitee, das umgehend die Amtsgeschäfte aufnahm. Der alte Sozialdemokrat Max Latt verkündete die Einsetzung eines Initiativkomitees zur Wiedergründung der SPD. Erst als Sowjetarmee und kasernierte Volkspolizei von außerhalb in der Stadt eintrafen, wurde der wohl erfolgreichste Aufstand jenes 17. Juni niedergeschlagen.

Für uns sind sie auch eine Ermutigung für eine Politik des langen Atems. In einer Zeit, in der eine Politik der Kurzatmigkeit herrscht, ist es wichtig daran zu erinnern, dass Politik mehr ist als eine Anhäufung von Projekten, Agenden und Kampagnen. Das Erreichen der großen Ziele und die Lösung der grundlegenden Menschheitsfragen braucht manchmal Generationen.

Rückschläge, wie der, den die Menschen 1953 erlebten, waren nicht das letzte Wort der Geschichte. Wie glücklich dürfen wir auch heute noch über die Wiedererlangung der Einheit Deutschlands sein. Bemerkenswert finde ich aber dennoch, dass mit dem Tag der Freude, dem 3. Oktober, kein Platz mehr für einen Feiertag anlässlich des 17. Juni, dem scheinbaren Tag der Niederlage geblieben ist. Wenigstens die ostdeutschen Bundesländer hätten Grund gehabt, auch dem 17. Juni jährlich einen besonderen Stellenwert einzuräumen. Ich möchte noch einmal Herbert Wehner aus dem Jahre 1953 zitieren: „Die Arbeiter sind zwar geschlagen worden, aber sie sind nicht besiegt! Besiegt sind ganz andere, das wird die Geschichte lehren.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

der 17. Juni 1953 bleibt ein herausragendes Datum der deutschen Geschichte, ein Tag zum Erinnern, ein Tag zum Gedenken und ein Tag zum Nachdenken! Manchmal bräuchten wir auch heute einige mehr von denen, die einfach nur - ohne Blick auf Gewinn oder Verlust - ihre Meinung sagen und gar noch für diese Meinung zu kämpfen bereit sind, so wie Sie, verehrte Zeitzeugen, dazu bereit waren!

*[Quelle: Gedenkveranstaltung „Volksaufstand für die Freiheit“ am 17. Juni 2003, hrsg. vom Sächsischen Landtag, Veranstaltungen des Sächsischen Landtags, Heft 30, Dresden o.J. (2003), S. 16-20.]*

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---